S 4 RJ 61/97

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	5
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 4 RJ 61/97
Datum	12.08.1998

2. Instanz

Aktenzeichen	L 5 RJ 595/98
Datum	07.11.2000

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil des Sozialgerichts Augsburg vom 12. August 1998 aufgehoben.
- II. Die Klage gegen die Bescheide vom 31. August 1995 und 25. September 1995 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 10. Dezember 1996 wird abgewiesen.
- III. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- IV. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

In diesem Rechtsstreit geht es um die Höhe des Übergangsgeldes während einer berufsfördernden Maßnahme.

Der am 11.12.1970 geborene Kläger hat den Beruf eines Drehers erlernt und ausgeübt. Am 10.03.1993 hat er beim Arbeitsamt einen Antrag auf berufliche Rehabilitations-Maßnahmen gestellt, der zuständigkeitshalber an die Beklagte weitergegeben wurde. Diese führte auf Antrag vom 28.06.1993 zunächst vom 28.02.1994 bis 20.03.1994 eine stationäre Heilmaßnahme in Bad Gögging durch. Während dieser Zeit und während der anschließenden Arbeitslosigkeit

bis zum 15.05.1994 erhielt der KlÄxger Ä¼bergangsgeld in HÄ¼he von 60,20 DM pro Tag, was 75 % des letzten Nettoentgeltes entsprach, das er im Januar 1994 bei einer Firma â¼; Armaturen und Anlagen GmbH in â¼; als Dreher verdient hatte (Bescheide vom 26.07.1994 und 11.09.1994).

Am 16.05.1994 nahm der KlÄxger eine neue Arbeit auf, wiederum als Dreher bei der Firma S â¼;, Mindelheim, die bis zum 04.08.1995 ausgeÄ¼bt wurde. WÄ¼hrend dieser Zeit fand vom 08.01.1995 bis 19.01.1995 eine BerufsfindungsmaÄ¼nahme im Berufsbildungswerk â¼; mit Ä¼bergangsgeldbezug statt.

Mit Bescheid vom 18.07.1995 wurde dem KlÄxger eine zweijÄ¼hrige BerufsfÄ¼rderungsmaÄ¼nahme, eine Umschulung zum Industriekaufmann bei der Firma P â¼; in Memmingen genehmigt, die am 01.09.1995 begann. FÄ¼r die Dauer dieser MaÄ¼nahme wurde dem KlÄxger zunÄ¼chst mit mit Bescheid vom 31.08.1995 ein Ä¼bergangsgeld in HÄ¼he von 47,40 DM tÄ¼glich bewilligt. Dagegen hat er mit Schreiben vom 13.09.1995 Widerspruch eingelegt. Mit Bescheid vom 25.09.1995 erhielt der KlÄxger fÄ¼r die Zeit nach Beendigung der Arbeit bei der Firma S â¼; (05.08.1995) bis zum Beginn der BerufsfÄ¼rderungsmaÄ¼nahme (31.08.1995) Ä¼bergangsgeld in HÄ¼he von 62,03 DM pro Tag. AuÄ¼erdem wurde mit diesem Bescheid das Ä¼bergangsgeld fÄ¼r die Dauer der BerufsfÄ¼rderungsmaÄ¼nahme neu festgesetzt in HÄ¼he von 57,90 DM. Bei der Berechnung dieses Ä¼bergangsgeldes ging die Beklagte auf den Lohnabrechnungszeitraum Januar 1994 zurÄ¼ck, wo der KlÄxger bei der Firma D â¼; netto 1.685,54 DM in 113,25 Stunden verdient hatte, bei einer wÄ¼chentlichen Arbeitszeit von 37,75 Stunden, also auf denselben Lohnabrechnungszeitraum, der schon dem Ä¼bergangsgeld fÄ¼r die medizinische RehabilitationsmaÄ¼nahme vom 28.02. bis 20.03.1994 in Bad GÄ¼gging zur Grunde gelegen hatte.

Mit Schreiben vom 27.11.1995 hat der KlÄxger seinen Widerspruch vom 13.09.1995 begrÄ¼ndet. Bei der Beratung vor der BerufsfÄ¼rderungsmaÄ¼nahme sei ihm gesagt worden, das Ä¼bergangsgeld betrage 70 % seines letzten Nettoeinkommens zuzÄ¼glich NebeneinkÄ¼nften. Im letzten Monat bei der Firma S â¼; (Juli 1995) habe er 4.570,00 DM netto verdient und auÄ¼erdem 580,00 DM an beitragsfreien NebeneinkÄ¼nften erzielt. Die Beklagte stellte zunÄ¼chst mit Schreiben vom 17.01.1996 die Berechnung des Ä¼bergangsgeldes im Einzelnen dar und wies darauf hin, dass nichtversicherte NebeneinkÄ¼nfte (580,00 DM) grundsÄ¼tzlich nicht berÄ¼cksichtigt werden kÄ¼nnten. Nach lÄ¼ngeren internen Ä¼berlegungen, wobei auch eine Stellungnahme der Arbeitsgruppe "DurchfÄ¼hrung der Rehabilitation" des VDR vom 15.10.1996 eingeholt wurde, wies die Beklagte den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 10.12.1996 zurÄ¼ck. Das Ä¼bergangsgeld sei entsprechend der einheitlichen Rechtsauslegung der VersicherungstrÄ¼ger unter BerÄ¼cksichtigung der Berechnungsgrundlagen und des Bemessungszeitraumes fÄ¼r das Ä¼bergangsgeld fÄ¼r die durchgefÄ¼hrte medizinische Rehabilitations-MaÄ¼nahme berechnet worden. Â§ 25 Abs.3 Nr.4 Sozialgesetzbuch sechstes Buch (SGB VI) gehe von der Einheitlichkeit des Reha-Verfahrens aus. Diese Vorschrift sei anzuwenden, wenn nacheinander Leistungen zur Rehabilitation gewÄ¼hrt wÄ¼rden. FÄ¼r die Einheitlichkeit des Reha-Vorganges spreche auch Â§ 4 Abs.3 Rehabilitationsangleichungsgesetz (RehaAnglG) sowie Â§ 5

Abs.3 RehaAnglG. Nach [Â§ 25 Abs.3 Nr.4 SGB VI](#) sei das Ã¼bergangsgeld "weiter" zu erbringen. In Verbindung mit Â§ 17 RehaAnglG ergebe sich daher, dass das Ã¼bergangsgeld der vorangegangenen Leistung zur Rehabilitation zuzuordnen sei. Diese Rechtsauslegung werde durch das Urteil des BSG vom 26.07.1994 (11 RAr 45/98) gestÃ¼tzt, das zwar auf dem Gebiet der ArbeitsfÃ¼rderung ergangen sei, aber gleichwohl zeige, dass das BSG von einem einheitlichen Reha-Geschehen ausgehe.

Gegen diesen Bescheid hat der KlÃ¤ger durch seine BevollmÃ¤chtigten Klage zum Sozialgericht Augsburg (SG) erhoben im Wesentlichen mit derselben BegrÃ¼ndung wie im Widerspruchsverfahren. Bei einem BeratungsgesprÃ¤ch am 06.03.1995 mit dem fÃ¼r ihn zustÃ¤ndigen Sachbearbeiter der Beklagten, sei ihm zugesagt worden, dass das Ã¼bergangsgeld von seinem letzten abgerechneten Bruttoarbeitsentgelt aus dem derzeitigen ArbeitsverhÃ¤ltnis (Firma S â€¦) berechnet werde und etwa 70 % des Nettoverdienstes betragen werde, wobei Schichtzulagen, Ã¼berstunden und EinkÃ¼nfte aus geringfÃ¼giger BeschÃ¤ftigung miteinzubeziehen seien. Das kÃ¶nne auch "Herr D â€¦ vom Arbeitsamt" bestÃ¤tigen, der an dem GesprÃ¤ch teilgenommen habe. Er â€¦ der KlÃ¤ger â€¦ habe im Vertrauen auf die Richtigkeit dieser Angaben die bewilligte UmschulungsmaÃnahme angetreten. Andernfalls hÃ¤tte er sich eine Meisterstelle gesucht und die Aufwendungen fÃ¼r den Meisterlehrgang von der Beklagten bezahlen lassen. Bei der 44.Arbeitstagung der Dezernenten der Reha-Abteilungen der sÃ¼dwestdeutschen Landesversicherungsanstalten, der BfA und der LVA ThÃ¼ringen vom 09./10.11.1995 sei festgestellt worden, dass die zustÃ¤ndigen Dezernenten sich in Anlehnung an die Praxis der Bundesanstalt fÃ¼r Arbeit fÃ¼r das sog. GÃ¼nstigkeitsprinzip entschieden hÃ¤tten. Danach hÃ¤tte das Ã¼bergangsgeld aufgrund des im Monat Juli 1995 erzielten Gehaltes des KlÃ¤gers errechnet werden mÃ¼ssen.

Die Beklagte hat dem entgegengehalten, die Arbeitsgruppe "DurchfÃ¼hrung der Rehabilitation" habe verbindlich beschlossen, dass eine eventuelle ZwischenbeschÃ¤ftigung bei der Ermittlung der Berechnungsgrundlage des Ã¼bergangsgeldes fÃ¼r eine nachfolgende berufsfÃ¼rdernde Leistung zur Rehabilitation wegen des Grundsatzes des einheitlichen Rehabilitationsverfahrens auÃer Acht bleiben mÃ¼sse. Dieser Beschluss habe Bindungswirkung im Sinne der Verbandssatzung und sei folglich von allen RentenversicherungstrÃ¤gern anzuwenden.

Das SG hat die Beklagte mit Urteil vom 12.08.1998 verurteilt, dem KlÃ¤ger Ã¼bergangsgeld ab 05.08.1998 nach einem Bruttoarbeitsentgelt in HÃ¶he von 7.170,05 DM (Bruttoarbeitsentgelt im Juli 1995 bei der Firma â€¦) nach den gesetzlichen Bestimmungen zu gewÃ¤hren. In den UrteilsgrÃ¼nden wurde zunÃ¤chst festgestellt, dass das Bundessozialgericht (Urteil vom 23.03.1995 â€¦ [11 RAr 95/94](#)) bisher nicht entschieden habe, wie sich eine lÃ¤ngerdauernde ZwischenbeschÃ¤ftigung auf die Berechnung von Ã¼bergangsgeld auswirke. Das Ã¼bergangsgeld knÃ¼pfe â€¦ von einigen AusnahmefÃ¤llen abgesehen â€¦ an die wirtschaftliche Situation vor Beginn der MaÃnahme an. Dabei sei in FÃ¤llen wie dem vorliegenden, wo die Dauer der ZwischenbeschÃ¤ftigung ein Jahr Ã¼bersteige,

das Arbeitsentgelt aus der Zwischenbeschäftigung der Berechnung des Übergangsgeldes für die nachfolgenden weiteren Rehabilitationsmaßnahmen zu Grunde zu legen. Die Kammer verkenne nicht, dass dies auch zu ungünstigen Ergebnissen für Versicherte führen könne, deren Arbeitsentgelt aus der Zwischenbeschäftigung niedriger sei als das Arbeitsentgelt, das für die Berechnung des Übergangsgeldes für die vorangegangenen Rehabilitationsmaßnahmen herangezogen worden sei.

Gegen dieses Urteil hat die Beklagte Berufung eingelegt und zur Begründung ausgeführt, das SG lasse den [§ 23 SGB VI](#) außer Betracht, der als lex specialis den Berechnungsvorschriften der [§§ 22 Abs.1, Abs.2](#) und [21 SGB VI](#) vorgehe, wenn das Ende des Bemessungszeitraumes nicht länger als 3 Jahre zurückliege. Das vom SG genannte Kriterium, eine Zwischenbeschäftigung sei dann für das Übergangsgeld relevant, wenn sie ein Jahr übersteige, sei willkürlich. Der Kläger habe im Anschluss an die medizinische Reha-Maßnahme Übergangsgeld nach [§ 25 Abs.3 Nr.2](#) a.F. SGB VI (Schonzeit) und danach nach [§ 25 Abs.4](#) b SGB VI erhalten. Das sei ein Übergangsgeld im Sinne von [§ 23 SGB VI](#) gewesen. Der Anspruch auf "Zwischenübergangsgeld" sei nur deshalb weggefallen, weil der Kläger am 16.05.1994 eine Beschäftigung aufgenommen habe. Ohne diese hätte ihm bis zum Beginn der Berufsauforderungsmaßnahme nahtlos Zwischenübergangsgeld zugestanden. Sinn des Zwischenübergangsgeldes sei es, die wirtschaftliche Versorgung in Abhängigkeit und Kontinuität zur letzten Tätigkeit vor Beginn der Reha-Maßnahme zu sichern. Dabei sei der Reha-Vorgang in seinen medizinischen und beruflichen Teilen als Einheit zu sehen (vgl. [§ 5 Abs.3](#) und [5 RehaAnglG](#)). Im vorliegenden Fall ergebe sich die Einheitlichkeit auch daraus, dass der Kläger das Reha-Verfahren ursprünglich durch einen Berufsauforderungsantrag in Gang gesetzt habe. Bei der Prüfung dieses Antrages habe sich die Notwendigkeit der medizinischen Reha-Maßnahme ergeben im zeitlichen und kausalen Zusammenhang mit der Berufsauforderungsmaßnahme. Die nahtlose Verknüpfung von medizinischer und beruflicher Rehabilitation sei nur daran gescheitert, dass der Kläger eine betriebliche Umschulung bei der Firma P. vorgezogen habe, die erst am 01.09.1995 möglich gewesen sei. Die Anwendung des [§ 23 SGB VI](#) in Fällen wie diesem verhindere Zufälligkeiten, die auch das SG eingeräumt habe. Außerdem vermeide sie, dass der Versicherte den Übergangsgeldanspruch bewusst beeinflussen könne. Das sei im vorliegenden Fall nicht von der Hand zu weisen, denn der Kläger habe im letzten Entgeltabrechnungszeitraum (Juli 1995) 7.170,05 DM bei 42,85 Mehrarbeitsstunden erzielt, obwohl er einen nicht behinderungsgerechten Arbeitsplatz hatte. Gegenüber dem Januar 1994 habe sich das Bruttoentgelt fast verdreifacht. Um derartige zufällig oder bewusst herbeigeführte Ereignisse zu vermeiden, sei die Weitergeltung der Berechnungsgrundlage gemäß [§ 22 SGB VI](#) flankiert durch die Vergleichsberechnung des [§ 22 Abs.2 SGB VI](#) das richtige Korrektiv. Dem habe der VDR ausgehend vom Urteil des BSG vom 26.07.1994 Rechnung getragen und beschlossen, Zwischenbeschäftigungen bei der Ermittlung der Berechnungsgrundlage für das Übergangsgeld für eine nachfolgende berufsaufordernde Maßnahme außer Betracht zu lassen. In diesem Zusammenhang sei auf die Einheitlichkeit des Reha-Verfahrens hinzuweisen, das insbesondere in [§ 4 Abs.3 RehaAnglG](#), [25 Abs.3 Nr.4 SGB VI](#) und [17 RehaAnglG](#)

seinen Ausdruck finde.

Die Beklagte beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Augsburg vom 12.08.1998 aufzuheben und die Klage gegen die Bescheide vom 31.08.1995 und 25.09.1995 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 10.12.1996 abzuweisen.

Der Klager beantragt, die Berufung der Beklagten zurückzuweisen.

[ 23 SGB VI](#) sei im vorliegenden Fall nicht anwendbar, da ein bergangsgeldanspruch im Anschluss an die medizinische Rehabilitationsmaßnahme fehle. Er habe 14 Monate lang kein Übergangsgeld erhalten. Durch die "Zwischenbeschäftigung" sei eine neue wirtschaftliche Lage entstanden. Das Urteil des SG sei nicht willkürlich. Von einem einheitlichen Reha-Vorgang könne bei einer so langen Unterbrechung nicht mehr gesprochen werden. Bei dem von der Beklagten zitierten Urteil des BSG habe es sich nur um eine kurze Zwischenbeschäftigung gehandelt. Der Beschluss des VDR entfalte keine Bindungswirkung bei der Auslegung des Gesetzes.

Der Senat hat die Akten der Beklagten und des SG Augsburg zum Verfahren beigezogen und zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung gemacht.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung ist zulässig und begründet.

Die vom SG vertretene Auffassung, das Übergangsgeld für die Dauer der Berufsfrderungsmanahme bei der Firma P  ab 01.09.1995 (und die vorangegangene Zeit der Arbeitslosigkeit vom 05. bis 31.08.1995) sei auf der Grundlage des im Juli 1995 erzielten Entgeltes zu berechnen, ist rechtlich nicht haltbar.

Nach [ 20 Abs.1 Satz 1 SGB VI](#) hatte der Klager im o.g. Zeitraum Anspruch auf Übergangsgeld. Dieses beträgt nach [ 24 Abs.1 Nr.2 SGB VI](#) in der damals geltenden Fassung 70 v.H. der maßgebenden Berechnungsgrundlage. Diese wird nach [ 22 Abs.1](#) i.V.m. [ 21 Abs.1 Satz 1 SGB VI](#) i.V.m. [ 47 Abs.1](#) und [2](#) Sozialgesetzbuch Fünftes Buch -SGB V- aus dem im letzten vor Beginn der Rehabilitationsmaßnahmen abgerechneten Entgeltabrechnungszeitraum erzielten und um einmalig gezahltes Arbeitsentgelt verminderten Arbeitsentgelt berechnet. Damit ist klar, dass das vom Klager aus geringfügiger Beschäftigung verdiente Entgelt von 580,00 DM für die Berechnung des Übergangsgeldes nicht berücksichtigt werden kann, und zwar auch dann nicht, wenn ansonsten der Juli 1995 heranzuziehen wäre.

Streitig ist zwischen den Beteiligten, ob bei der Ermittlung der maßgebenden Berechnungsgrundlage hier auf den letzten Abrechnungszeitraum vor Beginn der eigentlichen Berufsfrderungsmanahme (Juli 1995) oder auf den letzten Lohnabrechnungszeitraum vor Beginn der medizinischen Reha-Maßnahme (Januar 1994) zurückzugreifen ist. Diese Frage lässt sich unmittelbar aus dem Wortlaut

des Gesetzes nicht beantworten. In [Â§ 47 SGB V](#), auf den der hier fÃ¼r die Berechnung des Ã¼bergangsgeldes maÃgebliche [Â§ 22 Abs.1 SGB VI](#) auf dem Umweg Ã¼ber Â§ 21 Abs.1 verweist, heiÃt es lediglich, fÃ¼r die Berechnung des Regelentgeltes sei das von dem Versicherten im letzten vor Beginn der ArbeitsunfÃ¤higkeit â hier der RehabilitationsmaÃnahme â abgerechneten Entgeltsabrechnungszeitraum (Bemessungszeitraum) erzielte Arbeitsentgelt heranzuziehen. Es stellt sich demnach die Frage, was hier unter dem Beginn der Reha-MaÃnahme zu verstehen ist. Nach der Auffassung des Senates ist dabei von einem einheitlichen Rehabilitationsvorgang auszugehen, der mit der medizinischen RehabilitationsmaÃnahme am 28.02.1994 begonnen hat. Der KlÃ¤ger hat am 10.03.1993 RehabilitationsmaÃnahmen, und zwar primÃ¤r MaÃnahmen der beruflichen Rehabilitation, beim Arbeitsamt beantragt wegen seines RÃ¼ckenleidens. ZustÃ¤ndigkeitshalber wurde dieser Antrag an die Beklagte weitergegeben. Die Beklagte kam zu dem Ergebnis, dass der KlÃ¤ger in der Tat wegen dieses Leidens seinen erlernten Dreherberuf nicht mehr (zumindest auf Dauer) ausÃ¼ben kÃ¶nne. Sie sah damit die Voraussetzungen fÃ¼r Rehabilitationsleistungen gemÃ [Â§ 9 Abs.1 SGB VI](#) fÃ¼r gegeben an. Danach erbringt die Rentenversicherung medizinische, berufsfÃ¶rdernde und ergÃ¤nzende Leistungen zur Rehabilitation, um 1. den Auswirkungen einer Krankheit oder einer kÃ¶rperlichen â Behinderung auf die ErwerbsfÃ¤higkeit entgegenzuwirken oder sie zu Ã¼berwinden und 2. dadurch BeeintrÃ¤chtigungen der ErwerbsfÃ¤higkeit des Versicherten oder sein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu verhindern. Aus dieser Bestimmung ergibt sich, dass nach dem Willen des Gesetzgebers der RentenversicherungstrÃ¤ger bei einer gesundheitsbedingten GefÃ¤hrdung oder BeeintrÃ¤chtigung der ErwerbsfÃ¤higkeit fÃ¼r die Rehabilitation umfassend zustÃ¤ndig ist, also sowohl fÃ¼r die berufliche als auch fÃ¼r die medizinische. Im vorliegenden Fall war aufgrund des beim KlÃ¤ger vorliegenden RÃ¼ckenleidens sowohl eine medizinische als auch eine berufliche MaÃnahme erforderlich. Hierin ist bei natÃ¼rlicher Betrachtungsweise ein einheitlicher Rehabilitationsvorgang zu sehen, der aus mehreren Rehabilitationsschritten besteht. Begonnen hat die Rehabilitierung im Fall des KlÃ¤gers mit dem Heilverfahren in Bad GÃ¼gging Ende Februar 1994. Abgeschlossen war sie mit dem Ende der BerufsfÃ¶rderungsmaÃnahme bei der Firma P â Diese einheitliche Betrachtungsweise findet im Gesetz an verschiedenen Stellen Ausdruck, so auÃer in dem bereits genannten [Â§ 9 SGB VI](#) insbesondere auch in [Â§ 5](#), [16](#), [17](#) RehaAnglG, [Â§ 23](#), [25 SGB VI](#). Liegt aber insgesamt ein einheitlicher Reha-Vorgang vor, dann muss das Ã¼bergangsgeld, wie die Beklagte zu Recht vortrÃ¤gt, auf der Grundlage des letzten vor Beginn der GesamtmaÃnahme abgerechneten Lohnabrechnungszeitraum festgelegt werden, hier also Januar 1994.

Auch aus einer weiteren ErwÃ¤gung heraus darf das Ã¼bergangsgeld entgegen der Meinung des Erstgerichts nicht auf der Grundlage des wÃ¤hrend der "ZwischenbeschÃ¤ftigung" bei der Firma S â erzielten Entgeltes berechnet werden. Nach [Â§ 25 Abs.3 Nr.4 SGB VI](#) hÃ¤tte der KlÃ¤ger nach dem Abschluss der medizinischen RehabilitationsmaÃnahmen bis zum Beginn der BerufsfÃ¶rderung bei der Firma P â im August 1995 durchgehend Ã¼bergangsgeld auf der Basis des Entgeltes vom Januar 1994 beziehen kÃ¶nnen. Dieser Anspruch hat dem Grunde nach durchgehend bestanden. Es ist nur infolge der Anrechnung des vom KlÃ¤ger

erzielten Arbeitseinkommens gemäß [Â§ 27 Abs.1 Nr.1 SGB VI](#) kein Zahlbetrag verblieben. Erst nach Wegfall dieses Arbeitseinkommens gelangte das [Â§ 26 SGB VI](#) Übergangsgeld wieder zur Auszahlung, und zwar in der bisherigen Höhe, nur angepasst entsprechend [Â§ 26 SGB VI](#).

Dass eine derartige Betrachtungsweise der gesetzlichen Regelung zu Grunde liegt, ist auch aus [Â§ 23 SGB VI](#) zu entnehmen. Auch wenn diese Bestimmung nicht der Besitzstandwahrung sondern in erster Linie der Verwaltungsvereinfachung dient (Gemeinschaftskommentar zum Sozialgesetzbuch [Â§ 23 SGB VI](#) gesetzliche Rentenversicherung Band 2 [Â§ 23 SGB VI](#) Randnr.26) geht daraus doch hervor, dass ein einmal berechnetes Übergangsgeld grundsätzlich auch bei späteren Rehabilitationsschritten Anwendung finden soll. Dadurch soll die Kontinuität der Lohnersatzleistung gewahrt bleiben (Kasseler Kommentar Sozialversicherungsrecht Band 2, [Â§ 23 SGB VI](#) Randnr.2). Der in [Â§ 23 SGB VI](#) verwendete unbestimmte Rechtsbegriff "im Anschluss an diese Leistung" erfordert nicht einen nahtlosen Übergang der einen Reha-Leistung in die andere. Vielmehr ist der Anschluss auch dann gewahrt, wenn zwischen den verschiedenen Sozialleistungen (mindestens) ein abgerechneter Entgeltabrechnungszeitraum liegt (Kasseler Kommentar a.a.O. Randnr.5 unter Hinweis auf BSG vom 18.02.1981, Az.: [1 RJ 74/79](#) = SozR 2200 [Â§ 1241 b Nr.4](#)).

Das Bundessozialgericht hat sich schon wiederholt mit der Frage einer sog. "Zwischenbeschäftigung" befasst. So hat der 11. Senat in seinem Urteil vom 23.03.1995 ([11 RAr 91/94](#) = [BSGE 76, 77](#) bis 83), in dem es allerdings um Unterhaltsgeld nach dem Arbeitsförderungs-gesetz ging, festgestellt, es sei sachgemäß, der Bemessung für das Unterhaltsgeld Arbeitsentgelte aus sog. Zwischenbeschäftigungen nicht zu Grunde zu legen. Zwar wirkten sich damit höhere Entgelte aus derartigen Zwischenbeschäftigungen im Verhältnis zu dem der Bemessung des Arbeitslosengeldanspruches zu Grunde gelegenen Entgelt nicht zu Gunsten des Versicherten aus. Dafür werde aber auch andererseits eine Benachteiligung aus zufällig niedrigeren Entgelten dieser Art vermieden. Ebenso stellt der 11.Senat mit Urteil vom 26.07.1994 ([11 RAr 45/93](#) = [BSGE 75, 30](#) bis 37) ausdrücklich fest, dass für die Höhe des Übergangsgeldes das vor einer Arbeitserprobung und Berufsfindung erzielte Regelentgelt auch für das Übergangsgeld bei der endgültigen Maßnahme zur Grunde zu legen sei, und zwar auch dann, wenn der Versicherte während einer Zwischenbeschäftigung ein höheres Entgelt erzielt habe. Auch wenn es in den zuletzt genannten Entscheidungen, ebenso wie in der des 1.Senates vom 18.02.1981 (s.o.), anders als im hier vorliegenden Fall, jeweils um kurze Zwischenbeschäftigungszeiten ging, so ist doch der darin enthaltene Gedanke der Kontinuität des Übergangsgeldes im vorliegenden Fall zu beachten. Dafür spricht insbesondere, dass bei Berücksichtigung von Zwischenbeschäftigungen eine gewisse Zufälligkeit nicht auszuschließen wäre und wohl auch eine Manipulationsmöglichkeit. Regelmäßig ist anzunehmen, dass das bei einer Zwischenbeschäftigung erzielte Entgelt schon wegen der die Notwendigkeit der Rehabilitation auslösenden Behinderung niedriger sein wird als das zuvor bezogene Entgelt. Es entspricht der Intention des Gesetzgebers, den vor Beginn der Maßnahme erreichten finanziellen und sozialen Status zu bewahren, wenn für die Berechnung des

Übergangsgeldes das vor der Maßnahme erzielte und nicht das regelmäßig niedrigere während einer Zwischenbeschäftigung erzielte Entgelt herangezogen wird. Dass dies im Einzelfall auch wie beim Kläger auch anders sein kann, rechtfertigt nicht eine andere Vorgehensweise. Insbesondere sind die Versicherungsträger nicht kraft Gesetzes verpflichtet, eine Vergleichsberechnung vorzunehmen und die für den jeweiligen Versicherten günstigere Berechnungsmethode zu wählen.

Das Erstgericht hat seine Auffassung, dass eine Zwischenbeschäftigung für die Festlegung des Übergangsgeldes dann zu berücksichtigen sei, wenn sie mehr als ein Jahr andauert, rechtlich nicht begründet. Im Gesetz findet sie keinen Rückhalt. Vielmehr darf nach der gesetzlichen Regelung ([§ 22 Abs. 2 SGB VI](#)) der letzte Tag des Bemessungszeitraums bei Beginn der Leistung nicht länger als 3 Jahre zurückliegen. Erst danach sind besondere Berechnungsvorschriften vorgesehen. Damit wird der Gefahr, dass durch einen weit zurückliegenden Bemessungszeitraum das Übergangsgeld nicht mehr der aktuellen Lohnentwicklung entspricht, vorgebeugt. Im Übrigen findet gemäß [§ 26 SGB VI](#) eine regelmäßige Anpassung des Übergangsgeldes statt. Ein zurückgreifen auf ein eventuell während einer Zwischenbeschäftigung erzielt Einkommen ist demnach zur Wahrung des sozialen Status nicht erforderlich.

Schließlich kann sich der Kläger auch nicht auf einen Herstellungsanspruch berufen. Selbst wenn es zutreffen sollte, dass er vor Beginn der Berufsaufnahme bezüglich der Berechnung des Übergangsgeldes von einem Bediensteten der Beklagten oder des Arbeitsamtes in unzutreffender Weise informiert wurde, lässt sich daraus kein Anspruch auf ein währendes Übergangsgeld ableiten, als es von Gesetz wegen zusteht. Der Herstellungsanspruch soll Nachteile vermeiden, die dadurch entstehen, dass infolge falscher oder unvollständiger Beratung rechtlich mögliche Vergünstigungen nicht in Anspruch genommen werden oder Ansprüche nicht realisiert werden, die dem Versicherten eigentlich zustehen würden. Der Herstellungsanspruch dient mithin der Abwendung von Rechtsnachteilen. Ein Anspruch auf eine nicht zustehende Leistung lässt sich daraus nicht ableiten.

Nach allem war das Urteil des SG Augsburg auf die Berufung der Beklagten hin aufzuheben und die auf währendes Übergangsgeld gerichtete Klage abzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [§ 193](#) Sozialgerichtsgesetz.

Gründe für die Zulassung der Revision liegen nicht vor.

Erstellt am: 13.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024